

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

37
80

Union in Deutschland

Bonn, den 26. September 1980

**Am 5. Oktober:
Den
Sozialismus
stoppen**

CDU
wählen

Darum geht es am 5. Oktober

Bei der Wahl am 5. Oktober geht es um eine politische Grundsatzentscheidung, um eine politische Weichenstellung von geschichtlicher Tragweite, wie wir sie bei der Bundestagswahl 1949 hatten. Es stehen zwei große Errungenschaften der CDU/CSU auf dem Spiel, die unter Adenauer erarbeitet, errungen und erkämpft worden sind. 1. die freiheitlich demokratische Grundordnung und 2. der unauflösliche Anschluß der Bundesrepublik Deutschland an die westliche Gemeinschaft, im besonderen an die atlantische Allianz.

Franz Josef Strauß

Das Experiment des Sozialismus ist gescheitert — überall auf der Welt. Wir sollten es in unserem Land beenden, damit es wieder aufwärts geht.

Helmut Kohl

Neben den Rechten für die Gegenwart haben wir Pflichten für die Zukunft. Die Gestaltung der Zukunft gelingt nur Menschen, die wissen, daß ihr Auftrag über das eigene Leben hinausragt. Eine materialistische Orientierung kann dabei keine Hilfe sein. Die Sozialdemokraten sind unfähig, die Perspektive der Zukunft im Auge zu behalten.

Heiner Geißler

Mit der hemmungslosen Schuldenmacherei der Regierung Schmidt/Genscher kann es so nicht weitergehen. CDU und CSU haben ein klares, glaubwürdiges Konzept für Sparsamkeit und Solidarität, Verantwortung vor der Zukunft. Das ist ein entscheidender Grund für einen Regierungswechsel in Bonn.

Gerhard Stoltenberg

Mit ihrem Zehnjahresprogramm will die CDU/CSU endlich Schluß machen mit dem neuen Klassenkampf zwischen erwerbstätigen Frauen und Hausfrauen. Frauen müssen selbst entscheiden, ob sie einen Beruf ausüben, sich der Familie widmen oder beides miteinander verbinden wollen. Die Frau im Beruf darf nicht benachteiligt werden, die Frau in der Familie darf politisch nicht vergessen werden.

Helga Wex

Es hat sich gezeigt, daß die CDU/CSU von Anfang an die richtigen Themen für den Wahlkampf hatte: Staatsverschuldung, Renten, Sicherung der Energieversorgung. Die Regierung Schmidt hat umsonst auf die kommunistischen Wahlhelfer Gierek und Honecker gehofft... Unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung mit Franz Josef Strauß an der Spitze wird sich das Arbeiten wieder lohnen.

Ernst Albrecht

Wir wollen das, was die anderen nicht können — Regieren.

Rainer Barzel

Wer den SPD-Staat unter sowjetischer Kontrolle will, wer ihn schnell will, der muß SPD wählen. Wer ihn gebremst will, der muß FDP wählen. Aber wer den Staat so will, wie wir ihn nach dem Kriege geschaffen haben, freiheitlich, sozial, fest im atlantischen Bündnis, der muß CDU/CSU wählen.

Alfred Dregger

Die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung ist im Grunde nicht mehr als Tagesbewältigung. Sie verzehrt unsere Substanz, materiell und ideell. Im materiellen Bereich wird das sichtbar durch die Staatsverschuldung.

Lothar Späth

Liebe Freunde,

wenn Sie diesen UiD erhalten, sind es nur noch einige wenige Tage, bis die Wahllokale schließen. Am 5. Oktober um 18.00 Uhr ist die Wahl entschieden. Der politische Gegner und weitgehend auch die Massenmedien haben uns unterschätzt. Wir sind von der Defensive in den Angriff übergegangen. In Berlin auf dem Bundesparteitag habe ich gesagt: „Der politische Gegner glaubt, er hätte diesmal bei der Bundestagswahl leichtes Spiel; doch er wird sich täuschen über die Kraft, die in unserer Partei steckt.“

Wir alle haben in den letzten Wochen und Monaten — teilweise bis an die Grenzen der physischen und psychischen Erschöpfung — für die Union und ihr politisches Programm, für Franz Josef Strauß und seine Mannschaft gekämpft.

Die SPD hat ihr Wahlkampfkonzept kurzfristig umgestellt. Sie setzt nun voll auf Diffamierung des Spitzenkandidaten der Union und möchte uns die Friedensfähigkeit absprechen. Lassen Sie sich in Ihrer fairen, aber klaren Wahlkampfführung nicht verunsichern. Unsere Themen sind:

- Wir sichern den Frieden in Freiheit durch eindeutiges Bekenntnis zum westlichen Bündnis.
- Die Staatsschulden müssen abgebaut werden.
- Wir müssen die Familie stärker fördern.
- Wir brauchen wieder Vollbeschäftigung, sichere Renten und eine gesicherte Energieversorgung.
- Es muß Schluß sein mit den Volksfrontpraktiken.

Schon heute möchten wir allen ein herzliches Wort des Dankes sagen, die an welcher Stelle der Partei auch immer, für unsere gemeinsame Sache und für die politische Wende in Deutschland gekämpft haben. Ohne den unermüdlichen und tatkräftigen Einsatz der Mitglieder und Freunde der CDU in den Kreis- und Ortsverbänden wäre die Arbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle vergebens.

Wir wissen aus vielen Berichten und eigenen Erfahrungen, daß wir in den hinter uns liegenden Wochen einen Grad der Mobilisierung erreicht haben, wie ihn viele vor der Sommerpause nicht für möglich gehalten haben.

Für den Wahltag selber enthält dieser UiD eine Reihe von Hinweisen. Wir bitten Sie, diese sorgfältig zu beachten.

Es ist gewiß schwer, in den letzten Tagen noch zuzulegen. Dennoch bitten wir Sie darum. Das Ziel lohnt die Mühe.

Heiner Geißler

Ulf Fink

■ WAHLKAMPF-INFORMATIONEN

SPD setzt Schmutzkampagne fort

Die CDU hat am 23. September 1980 die gemeinsame Schiedsstelle der im Bundestag vertretenen Parteien angerufen und beantragt, die SPD wegen einer am gleichen Tag in mehreren Tageszeitungen abgedruckten Parteianzeige über Franz Josef Strauß zu rügen. In der Anzeige wiederholt die SPD Vorwürfe und Behauptungen, die von Gerichten bereits rechtskräftig abgewiesen worden sind.

Mit dem Inserat setzt die SPD eine Schmutzkampagne fort, die seit Wo-

chen ihre Hilfstruppen, oft zusammen mit kommunistischen Gruppen, betrieben. Diese Wahlkampfinitiativen der SPD gegen die Union, wie sie in der beanstandeten Anzeige besonders kraß zum Ausdruck kommen, haben mit einer sachlichen Wahlkampfführung nicht das Geringste mehr zu tun und zeigen, daß den Sozialdemokraten die Sachargumente jetzt völlig ausgegangen sind.

Generalsekretär Heiner Geißler hatte am Vortag den Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, schriftlich aufgefordert, die Anzeige zurückzuziehen. Vergeblich.

Inserate im Wahlkampf

In unserer Zeitung fehlt heute eine Anzeige. Man konnte sie vorgestern in einigen anderen Zeitungen lesen. Es geht um eine Anzeige der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, um eine Anzeige zum Wahlkampf. Die Anzeige richtet sich gegen Franz Josef Strauß. Die SPD nennt Strauß den „Mann der Skandale und Affären“. Unsere Zeitung wird diese Anzeige nicht veröffentlichen.

Die SPD sollte sich auch jetzt nicht solcher Methoden bedienen. Dafür hat sie zu lange mit Strauß in einer Regierung gesessen, hervorragend mit ihm zusammengearbeitet, ihm geordnete Finanzen zu verdanken, um ihn jetzt mit Affären, die keine waren, zu diffamieren.

Wahlkampf ja, Schlammschlacht nein.
Kölnische Rundschau, 24. September 1980.

Erste Fraktionssitzung am 7. Oktober

Die neue und die alte Bundestagsfraktion der CDU und CSU treffen am Dienstag nach der Wahl (7. Oktober 1980) in Bonn zusammen. Dies kündigte Helmut Kohl vor der Bundespressekonferenz in Bonn an. Den neugewählten Abgeordneten wird dann auch die Vereinbarung von 1976 zur Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU auch für die 9. Legislaturperiode zur Billigung vorgelegt werden. Helmut Kohl gab weiter bekannt, daß er sich mit Franz Josef Strauß darin einig sei, den Text der Vereinbarung von 1976 unverändert zu lassen. Franz Josef Strauß erklärte auf der gleichen Pressekonferenz, frühere Kontroversen gehörten der Vergangenheit an.

Franz Josef Strauß und Helmut Kohl

Das Arbeitsprogramm für die ersten 100 Tage

Franz Josef Strauß und Helmut Kohl haben am 24. 9. 1980 vor der Bundespressekonferenz in Bonn das folgende Programm für die ersten 100 Tage einer von der Union geführten Bundesregierung vorgelegt:

Wir werden die überfällige Wende in der deutschen Politik sofort einleiten. Darum legen CDU und CSU folgendes Arbeitsprogramm für die ersten 100 Tage vor:

1. Treffen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten

Die erste offizielle Reise des Bundeskanzlers Strauß wird in die Vereinigten Staaten von Amerika führen. Das Vertrauensverhältnis ist durch Schmidt erschüttert worden und muß wieder so eng und stark werden, wie es unter Adenauer immer gewesen ist. Wir werden das Atlantische Bündnis wieder so glaubwürdig und arbeitsfähig machen, daß die Bürger wissen: CDU und CSU garantieren einen Frieden in Freiheit.

2. Anwalt der Menschenrechte aller Deutschen

Bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid werden wir darauf dringen, daß die DDR die Zusagen und Verpflichtungen der innerdeutschen Verträge, die Verpflichtungen aus der Menschenrechtskonvention der UN und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki tatsächlich verwirklicht. Die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR ist unverrückbare Forderung unserer Politik.

3. Ordnung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die neue Regierung wird unverzüglich durch Bilanzlegung und Kassensturz der Öffentlichkeit das wahre Bild unserer Finanzen enthüllen. Franz Josef Strauß wird dem neuen Finanzminister Gerhard Stoltenberg als Richtlinie der Politik vorgeben, daß die kommenden Bundeshaushalte und die mehrjährigen Finanzpläne nur Ausgabenerhöhungen enthalten, die unter dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts liegen. Abbau des Staatsanteils und Verminderung des Schuldenzuwachses sind langfristige Programme. Dies wird der erste Schritt sein.

4. Sicherung der Energieversorgung

Wir werden die energiepolitischen Maßnahmen, die jahrelang zurückgestellt worden sind, in kurzer Zeit treffen, zum Beispiel Beschleunigung der

Genehmigungsverfahren durch größere Rechtsklarheit und eindeutige Sicherheitsbestimmungen sowie Aufstockung der Erdölvorräte.

5. Erhaltung der Montan-Mitbestimmung

Wir werden unseren Vorschlag zur Sicherung der Mitbestimmung erforderlichenfalls in das Gesetzgebungsverfahren einbringen.

6. Bruttolohnbezogene Rente

Die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen dynamischen Rente erfolgt spätestens am 1. Januar 1982. Die Vorarbeiten dazu werden unverzüglich aufgenommen.

7. Fortführung der Steuerreform

Das Steuerrecht muß vereinfacht werden. Ein erster Schritt ist die Abschaffung der bürokratischen Nachweispflicht für Kinderbetreuungskosten.

8. Mutterschaftsgeld für alle Mütter

Alle Mütter erhalten in den ersten sechs Monaten nach der Geburt eines Kindes Mutterschaftsgeld. Damit wird die Benachteiligung der nicht in einem tariflichen Arbeitsverhältnis stehenden Mütter beim Mutterschaftsgeld beseitigt. Sie erhalten künftig bei der Geburt eines Kindes monatlich 500,— DM.

9. Wehrdienstnovelle

Wer Wehrdienst leistet, darf nicht schlechter gestellt werden als der Kriegsdienstverweigerer. Wir werden sofort den in der abgelaufenen Legislaturperiode von uns vorgelegten Gesetzentwurf einer Wehrdienstnovelle einbringen und dadurch einen Beitrag zu mehr Wehrgerechtigkeit leisten. Wehrgerechtigkeit besteht auch darin, daß als Kriegsdienstverweigerer nur gilt, wer aus echter Gewissensentscheidung den Dienst mit der Waffe ablehnt.

10. Innere Sicherheit

Unsere Freiheit muß gegen die Feinde der Freiheit geschützt werden. Vom ersten Tag der unionsgeführten Regierung an werden keine Verfassungsfeinde mehr in den Dienst des Bundes treten können. Unser verabschiedungsreifer, bisher von SPD und FDP verhinderter Gesetzentwurf zum Demonstrationsstrafrecht wird sicherstellen, daß das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nicht länger durch Gewalttäter eingeschränkt wird.

11. Asylrecht für politisch Verfolgte

Wir werden das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte dadurch sichern, daß wir seinen Mißbrauch durch Scheinasylanten unterbinden. Wir werden das sich über Jahre hinziehende Asylverfahren vereinfachen und beschleunigen.

Unter der Führung von Franz Josef Strauß, Helmut Kohl und Gerhard Stoltenberg werden CDU und CSU dieses Programm entschlossen durchführen für eine Zukunft der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und Freiheit.

Der Wahlkampf endet erst am Sonntagabend um 18 Uhr

Bis dahin können noch entscheidende Stimmen für die CDU gewonnen werden

Bei den folgenden bundesweiten Aktionen wird noch einmal jede Hilfe gebraucht:

— bei der Verteilung des Fernsehflugblattes anlässlich der letzten Fernsehdiskussion von Strauß, Kohl, Genscher und Schmidt am 2. Oktober in ARD und ZDF. Das Flugblatt wird am nächsten Morgen hochaktuell verteilt.

— bei der Verteilung des Türanhängers. In der Nacht von Samstag auf Sonntag verteilen viele CDU-Verbände den Türanhänger. Er ist ein letzter Hinweis auf die Wahl und die Abgabe beider Stimmen für die CDU.



— beim Anbringen des Plakatüberklebers. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat den CDU-Verbänden per Telekopierer eine Druckvorlage für einen Plakatüberkleber zur Verfügung gestellt. Der Überkleber „Auf die Zweitstimme

kommt es an“ gibt noch einmal einen letzten Hinweis auf die Bedeutung der Zweitstimme und sollte auf alle Plakatständer der Partei geklebt werden.

Auf die Zweitstimme kommt es an!
CDU

Haben Sie für den Wahltag daran gedacht:

- Plakatständer mit dem Stimmzettelplakat in zulässiger Nähe des Wahllokals zu plazieren?
- Wegweiser zum Wahllokal aufzustellen?
- Den Abhöldienst zu überprüfen?
- Die Tournee des Kandidaten durch die Wahllokale zu organisieren?
- Noch einmal Freunde, Bekannte und Nachbarn auf beide Stimmen für die CDU hinzuweisen?

CDU Endspurt — Telefon

Die neuesten Informationen, Tips und Kommentare zu aktuellen Ereignissen erfahren Sie knapp und präzise unter der Telefonnummer:

(02 28) 5 44-2 82

Das CDU-Endspurt-Telefon ist für alle Wahlkämpfer der direkte Draht für den Endspurt.

Die Woche nach der Wahl

Dank an die Wähler

Wir wollen den Wahlkampf mit einem guten Gesamteindruck abschließen. Deshalb hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle wie bei der Bundestagswahl 1976 und bei der Europawahl 1979 auch in diesem Jahr einen Plakatüberkleber mit der Aufschrift „Unser Dank für Ihr Vertrauen — CDU“ herausgegeben. Der Aufkleber paßt sowohl auf DIN-A0- als auch auf DIN-A1-Plakate. Jeder Kreisverband hat 1 000 Exemplare des Aufklebers kostenlos erhalten.

Entfernung der Plakate

Nichts macht einen schlechteren Eindruck als zerfetzte und von Wind und Wetter ausgebleichte Plakate, die noch Wochen nach der Wahl das Straßenbild zieren. Jetzt, da ohne Aktionsbezug, werden sie als störend empfunden. Sorgen Sie deshalb dafür, daß alle Plakate entfernt werden und daß alle Plakatständer der Partei in die Zentrale zurückkommen.

Dank an alle, die geholfen haben

Sagen Sie allen, die beim Wahlkampf geholfen haben ein herzliches Danke schön für ihren Einsatz

- allen aktiven Wahlhelfern
- allen Sympathisanten, die den Wahlkampf durch Spenden unterstützt haben
- den Journalisten für sachliche und faire Berichterstattung.

Presseerklärung

Formulieren Sie eine Presseerklärung, in der Sie allen CDU-Wählern für ihr Vertrauen danken.

So erleichtern Sie die Arbeit für den nächsten Wahlkampf

Viele Unterlagen dieses Wahlkampfes können Ihnen als Grundlage für den nächsten Wahlkampf dienen. Werbemittel, Anschriften, Analysen, Namen von Spendern und Sympathisanten. Sammeln Sie deshalb sorgfältig alle in Ihrem Wahlkampf angefallenen Unterlagen, Adressenlisten, Protokolle, Pressemitteilungen. Erstellen Sie einen Wahlbericht. Am besten schon in der Woche nach der Wahl, denn dann ist der ganze Ablauf noch in lebendiger Erinnerung. Der Bericht sollte den gesamten Wahlkampf vom Anfang der Planung bis zum Wahltag enthalten und Antwort auf folgende Fragen geben: Wie wurde geplant? Was war die Konzeption? Wer hat geholfen? Wie lief die Kampagne? Wie war die Etatplanung? Was hat sich bewährt, was hat nicht geklappt?

Analysieren Sie das Wahlergebnis

Fertigen Sie eine Analyse an, aus der das Ergebnis des Wahlkampfes statistisch abzulesen ist. Aus der Analyse sollten folgende Fragen beantwortet werden können:

Wie waren die Ergebnisse aller Parteien in Ihrem Stimmbezirk? Wie war das Briefwahlergebnis? Wo zeigen sich starke Veränderungen zu vorangegangenen Wahlen?

■ WAHLTAG 5. OKTOBER

Vergleichszahlen für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag

	1980		1976		Europawahl 1979	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
Wahlberechtigte	42 058 015	—	42 751 940	—		
Wähler	38 165 753	—	28 098 872	—		
Wahlbeteiligung		90,7			65,7	
Ungültige Zweitstimmen	343 253	—	251 763	—		
Gültige Zweitstimmen	37 822 500	—	27 847 109	—		
davon für						
CDU/CSU	18 394 801	48,6	13 700 205	49,2		
SPD	16 099 019	42,6	11 370 045	40,8		
FDP	2 995 085	7,9	1 662 621	6,0		
Grüne			893 683	3,2		
DKP	118 581	0,3	112 055	0,4		
NPD	122 661	0,3	—	—		
Gültige Erststimmen	37 695 644					
davon für						
CDU/CSU	18 431 671	48,9				
SPD	16 471 321	43,7				
FDP	2 417 683	6,4				
Grüne	—	—				
DKP	170 855	0,5				
NPD	136 028	0,4				

Sitzverteilung

Partei	Wahlkreissitze		Landeslistenplätze		Sitze insgesamt			
	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976
CDU/CSU	134		109		243		254	
SPD	114		100		214		224	
FDP	—		39		39		40	

Die Mandatsverteilung nach Ländern

(in Klammern: über die Landesliste)

	CDU/CSU 1980	CDU/CSU 1976	SPD 1980	SPD 1976	FDP 1980	FDP 1976
Schleswig-Holstein	10	(5)	10	(4)		2
Hamburg	5	(5)	8	(—)	1	
Niedersachsen	28	(16)	29	(11)		5
Bremen	2	(2)	3	(—)		—
Nordrhein-Westfalen	66	(38)	70	(25)		12
Hessen	21	(16)	22	(5)		4
Rheinland-Pfalz	16	(6)	13	(7)		2
Baden-Württemberg	38	(6)	26	(22)		7
Bayern	53	(13)	29	(25)		6
Saarland	4	(2)	4	(1)		—
Bundesgebiet	243	(109)	214	(100)		39

Direktmandate

Verteilung der 248 Wahlkreismandate nach Ländern und Parteien

	CDU/CSU	Mandate 1980	
		SPD	
Schleswig-Holstein	(1976 = 5)	(1976 = 6)	
Hamburg	(1976 = 0)	(1976 = 8)	
Niedersachsen	(1976 = 12)	(1976 = 18)	
Bremen	(1976 = 0)	(1976 = 3)	
Nordrhein-Westfalen	(1976 = 28)	(1976 = 45)	
Hessen	(1976 = 5)	(1976 = 17)	
Rheinland-Pfalz	(1976 = 10)	(1976 = 6)	
Baden-Württemberg	(1976 = 32)	(1976 = 4)	
Bayern	(1976 = 40)	(1976 = 4)	
Saarland	(1976 = 2)	(1976 = 3)	

Übersicht über die Bundestagswahlen seit 1949

Wahl- beteiligung %	CDU/CSU %	CDU/CSU Mandate*)	SPD %	SPD Mandate*)	FDP %	FDP Mandate*)	NPD %	DKP %	KPD Mandate
1949	78,5	31,0	139	(5)	29,2	131	(9)	11,9	52 (5)
1953	86,0	45,2	243	(6)	28,8	151	(11)	9,5	48 (5)
1957	87,8	50,2	270	(7)	31,8	169	(12)	7,7	41 (2)
1961	87,7	45,3	242	(9)	36,2	190	(13)	12,8	67 (0)
1965	86,8	47,6	245	(6)	39,3	202	(15)	9,5	49 (1)
1969	86,7	46,1	242	(8)	42,7	224	(13)	5,8	30 (1)
1972	91,1	44,9	225	(9)	45,8	230	(12)	8,4	41 (1)
1976	90,6	48,6	243	(11)	42,6	214	(10)	7,9	39 (1)
1980								0,3	0,3

*) In Klammern: Berliner Abgeordnete

Gesamtergebnis der Bundesländer

(Zweitstimmen)

Baden-Württemberg

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl Anzahl	1979 v. H.
Wahlberechtigte			6 118 464		6 271 715	
Wähler			5 452 370		3 715 222	
Wahlbeteiligung				89,1		59,2
Ungültige Stimmen			46 836	0,9	32 820	0,9
Gültige Stimmen			5 405 534		3 682 402	
CDU			2 882 365	53,3	1 925 541	52,3
SPD			1 980 313	36,6	1 263 040	34,3
FDP			489 661	9,1	299 903	8,1
Grüne			—	—	167 453	4,5
DKP			12 524	0,2	12 828	0,3
NPD			23 411	0,4	—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 32)	SPD	(1976 = 4)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistenplätze:	CDU	(1976 = 6)	SPD	(1976 = 22)	FDP	(1976 = 7)

Bayern

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl Anzahl	1979 v. H.
Wahlberechtigte			7 547 820		7 714 564	
Wähler			6 764 839		4 542 784	
Wahlbeteiligung				89,6		58,9
Ungültige Stimmen			51 144	0,8	35 118	0,8
Gültige Stimmen			6 713 695		4 507 666	
CSU			4 027 499	60,0	2 817 120	62,5
SPD			2 201 692	32,8	1 314 020	29,2
FDP			419 335	6,2	211 531	4,7
Grüne			—	—	130 797	2,9
DKP			13 511	0,2	10 574	0,2
NPD			29 085	0,4	—	—
Wahlkreissitze:	CSU	(1976 = 40)	SPD	(1976 = 4)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistenplätze:	CSU	(1976 = 13)	SPD	(1976 = 25)	FDP	(1976 = 6)

Bremen

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl 1979 Anzahl	v. H.
Wahlberechtigte			528 346		523 566	
Wähler	475 582				347 370	
Wahlbeteiligung			90,0		66,3	
Ungültige Stimmen	2 594	0,5			2 386	0,7
Gültige Stimmen	472 988				344 984	
CDU	153 842	32,5			112 671	32,7
SPD	255 544	54,0			182 882	53,0
FDP	55 903	11,8			28 476	8,3
Grüne	—	—			16 382	4,7
DKP	3 593	0,8			3 055	0,9
NPD	1 569	0,3			—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 0)	SPD	(1976 = 3)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistensitze:	CDU	(1976 = 2)	SPD	(1976 = 0)	FDP	(1976 = 0)

Hamburg

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl 1979 Anzahl	v. H.
Wahlberechtigte			1 287 473		1 261 369	
Wähler	1 173 082				837 865	
Wahlbeteiligung			91,1		66,4	
Ungültige Stimmen	4 995	0,4			5 267	0,6
Gültige Stimmen	1 168 087				832 598	
CDU	418 994	35,9			307 467	36,9
SPD	614 284	52,6			434 385	52,2
FDP	118 969	10,2			52 071	6,3
Grüne	—	—			29 417	3,5
DKP	9 028	0,8			7 112	0,9
NPD	2 724	0,2			—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 0)	SPD	(1976 = 8)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistensitze:	CDU	(1976 = 5)	SPD	(1976 = 0)	FDP	(1976 = 1)

Hessen

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl 1979 Anzahl	v. H.
Wahlberechtigte			3 899 454		3 956 722	
Wähler			3 585 275		2 630 503	66,5
Wahlbeteiligung				91,9		
Ungültige Stimmen	27 273	0,8			20 623	0,8
Gültige Stimmen	3 558 002				2 609 880	
CDU	1 593 695	44,8			1 167 974	44,8
SPD	1 626 365	45,7			1 184 069	45,4
FDP	300 864	8,5			161 714	6,2
Grüne	—	—			74 118	2,8
DKP	15 732	0,4			12 928	0,5
NPD	11 988	0,3			—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 5)	SPD	(1976 = 17)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistensitze:	CDU	(1976 = 16)	SPD	(1976 = 5)	FDP	(1976 = 4)

Niedersachsen

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl 1979 Anzahl	v. H.
Wahlberechtigte			5 205 680		5 290 181	
Wähler			4 757 376		3 705 422	
Wahlbeteiligung				91,4		70,0
Ungültige Stimmen	98 398	2,1			28 195	0,8
Gültige Stimmen	4 658 978				3 677 227	
CDU	2 129 143	45,7			1 684 330	45,8
SPD	2 129 502	45,7			1 642 693	44,7
FDP	369 526	7,9			195 279	5,3
Grüne	—	—			133 088	3,6
DKP	11 232	0,2			10 860	0,3
NPD	12 134	0,3			—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 12)	SPD	(1976 = 18)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistensitze:	CDU	(1976 = 16)	SPD	(1976 = 11)	FDP	(1976 = 5)

Nordrhein-Westfalen

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl Anzahl	1979 v. H.
Wahlberechtigte			12 118 533		12 284 767	
Wähler			11 066 546		8 275 436	
Wahlbeteiligung				91,3		67,4
Ungültige Stimmen			76 984	0,7	55 885	0,7
Gültige Stimmen			10 989 562		8 219 551	
CDU			4 892 278	44,5	3 765 457	45,8
SPD			5 153 959	46,9	3 665 773	44,6
FDP			860 331	7,8	478 052	5,8
Grüne			—	—	242 644	3,0
DKP			38 176	0,3	37 247	0,5
NPD			23 358	0,2	—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 28)	SPD	(1976 = 45)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistenplätze:	CDU	(1976 = 38)	SPD	(1976 = 25)	FDP	(1976 = 12)

Rheinland-Pfalz

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl Anzahl	1979 v. H.
Wahlberechtigte			2 676 890		2 726 474	
Wähler			2 448 946		2 130 502	
Wahlbeteiligung				91,5		78,1
Ungültige Stimmen			19 693	0,8	45 166	2,1
Gültige Stimmen			2 429 253		2 085 336	
CDU			1 211 208	49,9	1 026 042	49,2
SPD			1 013 574	41,7	856 263	41,1
FDP			183 575	7,6	133 323	6,4
Grüne			—	—	50 883	2,4
DKP			6 627	0,3	8 442	0,4
NPD			10 794	0,4	—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 10)	SPD	(1976 = 6)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistenplätze:	CDU	(1976 = 6)	SPD	(1976 = 7)	FDP	(1976 = 2)

Saarland

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl 1979 Anzahl	v. H.
Wahlberechtigte			811 322		823 322	
Wähler			753 786		667 934	
Wahlbeteiligung				92,9		81,1
Ungültige Stimmen			7 471	1,0	21 266	3,2
Gültige Stimmen			746 315		646 668	
CDU			344 850	46,2	299 763	46,4
SPD			344 187	46,1	284 560	44,0
FDP			49 299	6,6	37 467	5,8
Grüne			—	—	15 212	2,4
DKP			4 054	0,5	5 501	0,9
NPD			3 251	0,4	—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 2)	SPD	(1976 = 3)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistensitze:	CDU	(1976 = 2)	SPD	(1976 = 1)	FDP	(1976 = 0)

Schleswig-Holstein

	1980 Anzahl	v. H.	1976 Anzahl	v. H.	Europawahl 1979 Anzahl	v. H.
Wahlberechtigte			1 864 033		1 899 260	
Wähler			1 687 951		1 245 834	
Wahlbeteiligung				90,6		65,6
Ungültige Stimmen			7 865	0,5	5 037	0,4
Gültige Stimmen			1 680 086		1 240 797	
CDU			740 927	44,1	593 840	47,9
SPD			779 599	46,4	542 360	43,7
FDP			147 622	8,8	64 805	5,2
Grüne			—	—	33 689	2,7
DKP			4 104	0,2	3 508	0,3
NPD			4 347	0,3	—	—
Wahlkreissitze:	CDU	(1976 = 5)	SPD	(1976 = 6)	FDP	(1976 = 0)
Landeslistensitze:	CDU	(1976 = 5)	SPD	(1976 = 4)	FDP	(1976 = 2)

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBOHR BEZAHLT

ZITATE

Thema Nummer eins

Jetzt kommt Wind im Wahlkampf auf. Nachdem die Ostpolitik weder für die Regierung noch für die Opposition etwas hergegeben hat, schlug nun die Staatsverschuldung unerwartet ein. Sie ist zum Thema Nummer eins in der Endphase des Wahlkampfs geworden. Obwohl sie schon lange im Gespräch ist, sind erst jetzt die Besorgnisse vieler Wähler richtig erwacht; sie fragen nach, wollen Details wissen, erkundigen sich nach den Folgen. Wenn Regierungspolitiker im Wahlkampf auffallend unruhig werden, dann beim Stichwort Verschuldung. Der Fernseh-Auftritt von Bundeskanzler Schmidt in Nürnberg hat dies eindrucksvoll vorgeführt.

Die Regierung Schmidt hat auch Grund zur Unruhe. Denn bei der Bundestagswahl 1980 kündigt sich — der Methode nach — ein ähnlicher Eklat an wie 1976. Damals hat der Kanzler vor der Wahl Rentenzusagen gegeben, die dann nach dem 3. Oktober 1976 rückgängig gemacht werden sollten. Wegen der desolaten Lage der Rentenversicherungsanstalt sollte die zum 1. Juli 1977

versprochene Rentenerhöhung verschoben werden — was schließlich durch einen Entrüstungssturm der Öffentlichkeit, innerhalb der Koalition und der Opposition doch noch abgewendet werden konnte. Dieses Täuschungsmanöver von 1976 findet bei dieser Wahl 1980 in der Frage der öffentlichen Verschuldung seine Entsprechung.

Die Staatsverschuldung ist mit Recht zum Thema Nummer eins dieses Wahlkampfes geworden — jedenfalls für alle, die sich von den Ereignissen nicht überraschen lassen wollen, die uns nach dem 5. Oktober ins Haus stehen.

Stuttgarter Nachrichten, 20. 9. 1980

★

Es kann gar keine Rede davon sein, daß die derzeit Regierenden für das nächste Jahr einen Abbau der staatlichen Neuverschuldung im Sinne haben, auch wenn sie ihre eigentlichen Pläne im Wahlkampfgetümmel gern vergessen lassen möchten. Die Grenze von 30 Milliarden Mark an zusätzlichen Schulden wird nächstes Jahr sicherlich überschritten werden.

Hier rächen sich die Sünden der jüngsten Vergangenheit. In den fetten Jahren hat man versäumt, den Schuldenzuwachs gehörig zu drosseln. In den mageren Jahren wird der Spielraum dazu fehlen.

Rheinische Post, 20. 9. 1980

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.